



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
ausgabe juli/august 2011

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,
Philipp Ehmann, Armin Grabs,
Dr. Nikoline Hansen, Dr. Maren
Jasper-Winter, Katja v. Maur,
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,
Dr. Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Peter Altmiks, Marcus Pindur,
Philipp Rösler, Udo v. Massenbach

Leserbriefe

Sven Hilgers

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen
geben die Meinung ihres Autors
wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central

ausgabe juli/august 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,
ein wenig sommerliche Entspannung mit möglichst viel globaler
Wärme ist uns allen vor einem heißen und wegweisenden politi-
schen Herbst, dessen diverse Aspekte die Autoren dieser Ausgabe
beleuchten, sehr zu wünschen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten stehen vor
konkreten Schritten auf dem langen Weg, aus der Erschütterung
der Finanzkrise den Ökonomien Europas einen neu gestalteten,
nachhaltigen Rahmen zu geben. Unabhängig davon, wie tief man
sich die europäische Integration wünscht, ist es dabei nicht nur
richtig, sondern für alle Liberalen auch eine historische Aufgabe,
sich erfolgreich für eine konsequente liberale Ordnung mit klaren
Verantwortlichkeiten zu engagieren.

Die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene wird die strukturelle
Vereinfachung der Systeme unserer politischen Ökonomie, insbe-
sondere der Steuersysteme, entweder in diesem Herbst anpacken,
oder sie wird diese historische Chance verpassen und die beteilig-
ten Parteien werden für sehr lange Zeit keine Gelegenheit mehr zu
irgendwelchen Reformen auf Bundesebene haben. Stay tuned.

Und in unserem Berlin wird am 18. September ein Abgeordneten-
haus und zwölf Bezirksverordnetenversammlungen gewählt, und
nahezu jedes Resultat erscheint denkbar – von einem Berlin, das
unter liberaler Mitregierung einen intelligenten Ordnungsrahmen
schafft und Menschen, Wirtschaft und Kultur blühen lässt, bis hin
zu einem Berlin, in welchem eine Regierende Bürgermeisterin Re-
nate Künast über eine Lebensstil-Intoleranz präsidiert, welche neue
Verbote in babylonischer Vielfalt ebenso feiert wie das Abfackeln
Ihres Autos. Wohin die Reise geht, das bestimmen Sie: Mit Ihrem
Engagement im Wahlkampf, mit Ihrer Stimme am 18. September.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Niemand begeht einen größeren
Fehler als jemand, der nichts tut,
weil er nur wenig tun könnte.

Edmund Burke

Am 18. September 2011 können die Berlinerinnen und Berliner „Die neue Wahlfreiheit“ wählen

von Maren Jasper-Winter

Die FDP Berlin wird ihren Wahlkampf unter das Motto „Die neue Wahlfreiheit“ stellen. Dieser Begriff sagt aus, wofür die FDP kämpft. Bürgerinnen und Bürger sollen die Wahl haben, am 18. September eine Partei zu wählen, die eine Alternative zu allen anderen Parteien darstellt. Die FDP ist die einzige Partei, die den Menschen in Berlin Raum geben möchte für eigene Entscheidungen und erst in einem zweiten Schritt, dort wo es nötig ist, staatliches Handeln befürwortet. Das mag abstrakt klingen, begegnet uns aber täglich.



Im August finden zum Beispiel die feierlichen Einschulungen der Erstklässler statt. Wir Liberale sind der Auffassung, dass Eltern und Kinder ihre Grundschule frei wählen können sollen. Dies ist aufgrund der Schuleinzugsgebiete nicht möglich. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum in ein und derselben Stadt die Wahl der Schule an der Grenze dieser Gebiete scheitern soll. Ganz allgemein muss die freie Wahl der Schule möglich sein. Die Schulen müssen anhand fairer und diskriminierungsfreier Kriterien ihre Schülerinnen und Schüler auswählen.

Auch die Wahl zwischen einer staatlichen Schule oder einer in freier Trägerschaft muss gegeben sein. Die FDP ist die einzige Partei in Berlin, die sich konsequent gegen eine Diskriminierung der freien Träger einsetzt. Wir sagen, dass eine Schule pro angenommenen Schüler einen bestimmten Betrag erhalten muss. Dieser Schulgutschein sorgt dafür, dass private Träger denselben Satz erhalten wie staatliche. So sind andererseits aber auch die staatlichen Schulen endlich gemessen an der Schülerzahl finanziell ausgestattet.

Wahlfreiheit sollen auch Mütter und Väter haben, die Beruf und Familie vereinbaren möchten. Es muss die Möglichkeit geben, berufstätig zu sein und auch Kinder zu haben. Auf diesem Gebiet muss noch viel getan werden, obwohl in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern die KiTa-Situation schon recht gut ist. Rein numerisch sind zur Zeit ausreichend KiTa-Plätze in Berlin vorhanden. Jedoch befinden sich die KiTas nicht immer in den „Ballungszentren“, in denen sie benötigt werden. Dies ist allerdings ein wichtiger Punkt für viele Eltern, die einen Berufsalltag mit kleinen Kindern zu meistern haben. Um lange Wege zu vermeiden, sollte sie wohnort- oder arbeitsplatznah sein. Zudem stimmen die Öffnungszeiten einiger KiTas noch nicht mit den Arbeitszeiten in vielen Berufen überein. Hier stecken dann oft die Frauen beruflich zurück; alleinerziehende Mütter haben es besonders schwer.

Um für diese und viele weitere Thesen zu werben, steht vor uns ein Wahlkampf mit traditionellen und innovativen Elementen. Jeder Ortsverband wird mit Ständen vertreten sein. Begleitet wird dies von ungewöhnlicheren Aktionen, wie zum Beispiel dem Fahrradwahlkampf, der am 3. September 2011 stattfinden wird.

Die Bundespartei wird uns auf unseren großen Veranstaltungen unterstützen: Am 8. September steht zusammen mit dem Bezirksverband Pankow im Pfefferberg, Schönhauser Allee, eine Veranstaltung mit Rainer Brüderle an. Generalsekretär Christian Lindner wird ein Grußwort auf unserem Sommerfest am 25. August 2011 im Weinrestaurant Habel halten.

Alle Mitglieder werden über unsere Veranstaltungen und Aktionen informiert. Sie können aber auch einfach unter www.fdp-mitte.de nachsehen.

Unterstützen Sie uns im Wahlkampf, damit die Berlinerinnen und Berliner am 18. September echte Wahlfreiheit haben!

[Dr. Maren Jasper-Winter \(OV OT\) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte](#)

Über Werte, Interessen und Doppelmoral

von Marcus Pindur

Selbst Drogendealer haben in Deutschland ein besseres Image als Waffenproduzenten. Die Bundesregierung entpuppe sich als „eiskalte Dienerin der Rüstungslobby“, so Grünen-Chefin Claudia Roth über den - bislang immer noch offiziell unbestätigten - Verkauf von 200 Leopard 2 A7 Kampfpanzern an Saudi Arabien. Ihr Fraktionschef Trittin sah gar Schwarz-Gelb „an der Seite der Despotie“, und SPD-Chef Gabriel meinte, der Panzerdeal sei „politisch und moralisch nicht vertretbar“.



Und in der Tat ist Saudi Arabien kein unproblematischer Partner mit einer überaus schlechten Menschen- und Bürgerrechtsbilanz - jüngst noch eindeutig dokumentiert mit dem Eingreifen der Saudis gegen die Protestbewegung in Bahrain. All dies wirft die Frage auf, ob wir unsere Werte kompromittieren, wenn wir Waffengeschäfte in dieser Größenordnung mit der wahabitischen Monarchie machen. Wer den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung seit 1999 zur Hand nimmt, wird allerdings feststellen, dass bis auf unsere Nato-Partner nur sehr wenige mit deutschen Waffen belieferte Länder höchste Standards im Bereich der Menschenrechte erfüllen. Insofern stellt sich immer wieder im Einzelfall die Frage nach der richtigen Balance zwischen werte- und interessengeleiteter Außenpolitik. Und die Abwägung produziert in den seltensten Fällen moralische Gewissheiten.

Wichtiger als die meist innenpolitisch instrumentalisierte und selbstzentrierte Frage, ob wir in einer problematischen Welt ein unbeflecktes Gewissen behalten können, ist in dieser Debatte eine andere, nämlich: Dient der Panzerdeal der langfristigen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und seiner Verbündeten?

Wer diese Frage beantworten will, wird dies nicht tun können, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die Konfliktlinien im Nahen Osten in den letzten 30 Jahren deutlich gewandelt haben. Der ausbleibende Widerspruch aus Israel gegen den Panzerdeal deutet darauf hin. Die mehr oder weniger offen formulierten und dokumentierten Hegemonialansprüche des Iran sind der Hintergrund, auf dem der Umgang mit Saudi Arabien bewertet werden muß. Die Achse Iran-Syrien-Hisbollah-Hamas ist diejenige, die uns Sorgen machen muss - im Zentrum steht der Iran mit seinem unverhohlenen Streben nach Nuklearwaffen - übrigens in steter Verletzung sämtlicher internationaler Auflagen und des IAEO-Regimes. Insofern passt ein Verkauf von 200 der besten Kampfpanzer der Welt mit seiner Signalwirkung durchaus in eine beharrliche, international eingebettete Strategie dem Iran gegenüber. Er verändert das Gleichgewicht in der Region keineswegs revolutionär (wirkt also nicht destabilisierend), stärkt aber den einzigen großen Partner, den der Westen in dieser Region hat, signifikant. Und hier, in der Eindämmung eines aggressiven Hegemonialstrebens des Iran, liegt auch die moralische Dimension dieser Politik. Dass das saudische Regime nicht das ist, das wir uns wünschen, ist bedauerlich, aber im Moment nicht zu ändern. Den Verlauf der demokratischen Revolutionen in Marokko, Tunesien und Ägypten wird der Panzerdeal nicht beeinflussen - weder im Positiven noch im Negativen.

Unter der Regierung Schröder, also unter Rot-Grün, stieg Deutschland auf Platz 3 der weltweit größten Rüstungsexporteure auf. Im letzten Jahr der Schröder-Regierung, 2005, weist der Rüstungsexportbericht für Saudi Arabien ein Volumen von 60 Millionen Euro auf - mehr als doppelt soviel wie beim Antritt von Rot-Grün. Raketenteile, Handfeuerwaffen, Maschinengewehre, Munition und Granaten sind dabei, aber auch Teile für Flugzeuge und Militärschiffe. All dem müssen auch die grünen Mitglieder des Bundessicherheitsrates zugestimmt haben. Und es war Bundeskanzler Schröder, der 2005 lautstark gegen sämtliche EU-Partner die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China forderte.

Über unterschiedliche strategische Einschätzungen, über das Spannungsverhältnis zwischen Werten und Interessen in der Außenpolitik kann man streiten. Über politische Doppelmoral nicht.

Dr. Marcus Pindur ist bundesunmittelbares Mitglied der FDP

Neu aufgestellt

von Philipp Rösler

Liebe Mitglieder des FDP-Bezirksverbandes Berlin Mitte, seit Mitte Mai hat sich die FDP in Bundespartei und Bundestagsfraktion neu aufgestellt. Wir haben in der ersten Jahreshälfte große Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg gebracht, wie z.B. die Umstellung der Energieversorgung oder – nach jahrzehntelanger Diskussion – die Aussetzung der Wehrpflicht. Wachstum und Beschäftigung sind in Deutschland so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr, die Zahl der Arbeitslosen liegt unter drei Millionen. Das ist zunächst dem Fleiß der Menschen in Deutschland zu verdanken, aber auch der Politik der Bundesregierung.



In der Regierungskoalition wollen wir weiterhin gemeinsam für unser Land und für die Menschen in unserem Land arbeiten. Dafür sind zwei Punkte zentral. Erstens wollen wir die Menschen weiter entlasten. Entlastungen sorgen für mehr Wachstum. Wachstum bringt Wohlstand und Arbeitsplätze mit sich. Einen ersten Schritt haben wir bereits 2010 mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemacht, mit dem wir die Menschen um 24 Milliarden Euro entlastet haben.

Für uns Liberale ist wichtig: Steuersenkungen sind keine Zuwendung. Vielmehr belassen wir das Geld bei denen, die das Wachstum möglich gemacht haben: diejenigen mit unteren und mittleren Einkommen. Daneben wollen wir die „kalte Progression“ reduzieren – das ist eine Frage der Gerechtigkeit – und drittens die Sozialbeiträge senken. Ein Konzept, das alle diese drei Elemente beinhaltet, soll noch vor Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 ausgearbeitet werden und zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Zweitens wollen wir versuchen, das aktuelle Wirtschaftswachstum zu verstetigen. Das setzt voraus, dass wir uns wichtige Themen vornehmen wie die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wir wollen eine Fachkräftesicherung in Deutschland und qualifizierte Zuwanderung.

Auch müssen wir uns mit vollem Einsatz um die Stabilität der Währung kümmern und unseren Unternehmen Auslandsmärkte sichern. Das bedeutet gerade für kleine und mittelständische Unternehmen zum Beispiel im Bereich der Energiewende innovative Ideen, Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und diese nach Europa hinauszutragen.

Am 18. September finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Wir wollen, dass die FDP hier auch in Zukunft mit starker Stimme für die liberale Sache eintreten kann. Berlin steht nach neun Jahren rot-roter Regierung trotz deutschlandweitem Aufschwung nicht gut da. Die Hauptstadt ist bei Arbeitslosigkeit und Armutsquote Spitzenreiter. Der Lernerfolg der Berliner Schüler lässt zu wünschen übrig, Berlin ist hochverschuldet und gibt immer noch zu viel Geld aus. Das muss sich ändern.

Mit dem Wahlprogramm „Die richtigen Antworten“ hat der FDP-Landesverband Berlin ein schlagkräftiges Wahlprogramm verabschiedet. Alleinstellungsmerkmale hat die FDP vor allem in der Wirtschafts- und Bildungspolitik. Sie steht mit ihrem Spitzenkandidaten Christoph Meyer als einzige Partei konsequent für eine moderne, lebenswerte Metropole, in der sich jeder persönlich, kreativ und unternehmerisch frei entfalten kann.

Als Bundesvorsitzender der FDP stehe ich voll und ganz hinter den vier Hauptforderungen der Berliner FDP nach besserer Bildung, mehr Wachstum und Wettbewerb, der Garantie individueller Mobilität und der Haushaltssanierung. Für Liberale entscheidet Bildung über individuelle Lebenschancen. Deshalb gilt für uns unverändert Ralf Dahrendorfs Wort von „Bildung als Bürgerrecht“. Wachstum und Wettbewerb ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen und Voraussetzung für individuelle Lebensqualität und Wirtschaftswachstum. Und nur durch die Konsolidierung des Haushaltes kann der Staat an Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

Deswegen hoffe ich auf ein starkes Votum der Wähler am 18. September. Damit die FDP nicht nur auf Bundesebene in Berlin Politik gestalten kann.

Dr. Philipp Rösler ist Bundesvorsitzender der FDP und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland

Zum Thema

Natürlich die Autofahrer ...

von Ralf Breitgoff



Pünktlich zur Urlaubszeit zettelt CSU-Chef Horst Seehofer eine Debatte um die PKW-Maut an. Gut eine Woche später legt Dorothee Bär, Bundestagsabgeordnete und Vize-Generalsekretärin der CSU, nach. „Am Ende will auch Merkel die Maut!“, ist in einem Interview bei Focus-Online (29.07.11) zu lesen.

Im Prinzip ist der Idee der PKW-Maut richtig. Sie folgt dem Verursacherprinzip. Wer Autobahnen in Deutschland nutzt, kann auch für deren „Abnutzung“ zur Kasse gebeten werden. Und niemand wird den erheblichen Investitionsbedarf auf deutschen Fernstraßen ernsthaft bezweifeln. Eine Maut wäre zudem zweckgebunden und würde nicht in den Tiefen des Bundeshaushalts versickern wie die diversen Steuern, die zurzeit direkt wie indirekt auf die Nutzung eines PKW entfallen.

Der CSU-Plan allerdings ist argumentativ schwach und inhaltlich unausgegoren. Als Begründung verweist Dorothee Bär auf das europäische Ausland, wo deutsche Autofahrer oft eine PKW-Maut berappen müssten. Warum, so fragt Frau Bär, sollten wir ausländische Autofahrer nicht auch angemessen an den Finanzierungs- und Instandhaltungskosten für unsere Straßen beteiligen? Mit Verlaub! Die Tatsache, dass andere es auch tun, ist als Begründung – wie so oft – zu dünn. Der Verweis auf das Ausland ist kein inhaltlich-strukturelles Argument sondern ein populistisches.

Für deutsche Autofahrer verspricht Frau Bär eine nebulös gehaltene Kompensation bei der Kfz-Steuer. Wo aber bleibt das konkrete Konzept? Was wird mit der Mineralölsteuer? Was mit der Ökosteuern? Wird die MwSt. beim Sprit auch weiterhin auf den Bruttopreis inklusive der anderen Steuern erhoben? Ohne die Beantwortung dieser Fragen, hat FDP-Generalsekretär Christian Lindner völlig recht: „Die Autofahrer zahlen bereits genug, ohne dass diese Milliarden tatsächlich zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genutzt würden. Es fehlt also nicht am Geld, sondern an der Disziplin der Politik.“

Ralf Bretgoff ist Vorsitzender des OV Oranienburger Tor und Beisitzer im Vorstand des BV Mitte

Zum Thema

Der Euro, Fluch oder Segen?

von Peter Altmiks



Der Euro wurde eingeführt, um eine stabile gemeinsame Währung in Europa zu schaffen und die europäische Integration weiter voranzutreiben. Zudem sollte durch die Währungsunion ein selbst gewählter Zwang auf die Mitglieder ausgeübt werden, eine solide Haushalts- und Finanzpolitik zu verfolgen. Nach der Staatsschuldenkrise der PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien), aber auch hoher Staatsschulden in den meisten anderen Ländern der Europäischen Währungsunion, hat sich eine extreme Enttäuschung eingestellt. Nicht konvergente nationale Volkswirtschaften wurden unter das Dach einer gemeinsamen Währung gesteckt, ein schon in seiner Urform nicht ausreichender Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde durch den Verzicht auf automatische Sanktionen vollständig zahnlos. Das Wohlstandsgefälle innerhalb der EWU hat nicht abgenommen, vielmehr ist eine verschärfte wirtschaftliche Spaltung ersichtlich. Die Währungsunion führte besonders in den PIIGS-Staaten zu einer Steigerung der Lohnstückkosten und damit zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Der Euro hat weder die Außenhandelsentwicklung Deutschlands maßgeblich gefördert, noch ist es zu der von Bofinger 1998 prophezeiten umfassenden Preissenkung gekommen. Im Gegenteil, die Preise stiegen und mittlerweile droht eine hohe Inflation, die das sauer verdiente Geld der kleinen Sparer auffrisst. Der vertragswidrige Einstieg in die Transferunion bedeutet für die deutschen Bürger und Unternehmen höhere Steuern und steigende Staatsschulden.

Es ist höchste Zeit, diesen in die monetäre Knechtschaft führenden Irrweg zu beenden. Dem Staat muss die Basis für seine inflationäre, Blasen verursachende, Staatsschulden mehrende und Wohlstand mindernde Politik entzogen werden: Das staatliche Geldmonopol ist überfällig, private Währungen sollten zugelassen werden. Die EWU kann nur gerettet werden, wenn einzelne Staaten die EWU verlassen. Ob eine Umschuldung einzelner Staaten ausreicht, bleibt offen. Die Märkte haben das schon längst erkannt, die Politik noch nicht.

Dr. Peter Altmiks (OV OT), Liberales Institut der FNF, aktuell Herausgeber des Buches „Die optimale Währung für Europa? Segen und Fluch des Euro“, <http://tinyurl.com/altmiks-europa>

Freiheitliche Politik für eine dynamische Metropole gibt es nur mit der FDP!

von Henner Schmidt



Die FDP Berlin und die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus kämpfen konsequent dafür, dass jeder Einzelne sein Leben nach eigener Entscheidung selbst gestalten kann und von Eingriffen in die persönliche Freiheit möglichst verschont

bleibt. Wir haben uns deshalb immer wieder unnötigen Auflagen, Eingriffen und Verboten entgegengestellt. Davon gab es in den letzten Jahren leider viel zu viele: Einfahrverbote („Umweltzone“) ohne echten Umwelteffekt, das Verbot von Heizpilzen (deren Effekt auf die CO₂-Bilanz nur symbolisch ist), das angedachte Verbot von Klimaanlage, der Zwang, Häuser energetisch sanieren zu müssen, auch dort wo es technisch und wirtschaftlich kaum möglich ist, Einschränkungen des Autoverkehrs durch Tempo 30 auf Hauptstraßen und drastische Reduzierung der PKW-Stellplätze – der rot-rote Senat hat immer mehr solcher Restriktionen erfunden. Nicht alle davon konnte die FDP verhindern, aber eines bleibt klar: wir sind die Einzigen, die nicht ständig neue Verbote und Auflagen erfinden. Denn nicht nur der rot-rote Senat, auch Grüne und CDU machen fröhlich mit, wenn es um zusätzliche Eingriffe in unternehmerische Freiheiten und das Privatleben Einzelner geht. Allein schon deshalb braucht es die FDP im Abgeordnetenhaus.

Allein die FDP steht für eine konsequente Ordnungspolitik. Wir stemmen uns deshalb weiteren Verstaatlichungen („Rekommunalisierungen“) entgegen. Im Energiebereich kann das Land Berlin weder energiepolitisch noch verbraucherpolitisch etwas dadurch bewegen, dass es Netze besitzt, denn dort sind die Regulierungen extrem detailliert. Ein Rückkauf der Netze würde jedoch hohe betriebliche Risiken und enorme zusätzliche Belastungen des Landeshaushalts bringen. Die FDP setzt statt dessen auf mehr Wettbewerb: Leistungen müssen regelmäßig neu ausgeschrieben werden, nur so bekommen die Bürgerinnen und Bürger immer das beste Angebot. Dass Unternehmen, die mehrheitlich dem Land gehören, nicht immer im Interesse der Bürgerinnen und Bürger agieren, sieht man ja an den Wasserbetrieben. Auch der Skandal um die landeseigene Bankgesellschaft ist nicht vergessen.

Bedrückend ist, dass sich inzwischen neben Rot-Rot und Grün auch die Berliner CDU vom marktwirtschaftlichen Wettbewerb abwendet und Ausschreibungen bei der S-Bahn und im Abfallbereich verhindern möchte. Wer marktwirtschaftliche Ordnungspolitik will, kann nur noch auf die FDP setzen.

In der Wirtschaftspolitik will die FDP ermöglichen, dass sich unternehmerische Initiative ungehindert entfalten kann. Deshalb wollen wir Gründer unterstützen und bestehende Unternehmen besser vernetzen, um ihnen neue Wachstumschancen zu eröffnen. Statt wie Rot-Rot, Grüne und CDU von vagen Visionen einer „Green Economy“ zu schwärmen, geht es der FDP darum, die vorhandenen Industrien zu stärken: Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft, IT, Verkehrstechnik sind in Berlin die Stärken, die weiter zu stärken sind. Darauf muss sich auch eine aktive Standortwerbung ausrichten, denn Berlin braucht dringend den Zuzug weiterer Unternehmen und Fachkräfte. Zudem muss die Verwaltung viel stärker Dienstleister für Bürger und Unternehmen werden.

Die Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik der FDP setzt auf Wachstum unserer Stadt. Wachstum von Wohlstand und Arbeitsplätzen benötigt auch eine Stadt, die mitwächst. Für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze brauchen wir viele neue Wohnungen und einen entsprechenden Ausbau der Infrastruktur. Die FDP will dafür neue Flächen erschließen, während alle anderen kleinmütig den Status quo bewahren wollen.

Die FDP bringt unsere Stadt voran, indem sie auf die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen setzt. Die FDP wehrt Verbote und belehrende Eingriffe in unser tägliches Leben ab. Die FDP treibt Berlin als wachsende, dynamische Metropole voran. Die FDP steht als einzige Partei für diese politische Ausrichtung und will sie konsequent fortsetzen. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung.

[Henner Schmidt MdA \(OV Gendarmenmarkt\) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand. Er ist Spitzenkandidat im Bezirk Mitte für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011.](#)

Aus der BVV-Fraktion

FDP: Politisch inkorrekt

von Peter Pawlowski, Vorsitzender der Fraktion

Die Berliner FDP hat beschlossen, unbequem zu sein. Spätestens seit dem letzten Landesparteitag haben die Hauptstadt-Liberalen klare Positionen zu Ausländer-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik bezogen. Gestritten wurde über die Integrationspolitik, jedoch mit einem eindeutigen und m.E. ausgezeichneten Ergebnis. Kurz vor der Wahl lohnt es sich, insofern einen Blick auf die politische Konkurrenz zu werfen: Das 55 Seiten starke SPD-Programm nimmt explizit gar keinen Bezug auf die Integration von Ausländern. Die eventuellen Integrationsprobleme können höchstens in der Formulierung „Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen“ erahnt werden. Im gleichen Tonfall ist das Programm der Linken verfasst: Auf Seiten 62-64 des 72-seitigen Programms wird zwar auf das Integrationsthema, jedoch nicht auf die Probleme und folglich auch nicht auf deren Lösungen eingegangen. Wie bei der SPD, meidet Die Linke klare Aussagen und bleibt bei politisch korrekten Euphemismen, indem sie sagt „Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und werden zu Opfern von Zwang und Gewalt“. Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen ist ein 227-Seiten starker Wälzer, in dem auch die Integrationsprobleme angesprochen werden (S. 52-58). Viel aber unkonkret wird über „gemeinsame Verantwortung“ und Stärkung interkultureller Kompetenz gesprochen. Erwartungsgemäß räumt die CDU der Integrationsproblematik in ihrem Wahlprogramm viel Platz ein. Ängstlich agieren sie dabei nicht. Wir dürfen z.B. lesen, „40 Prozent Arbeitslosigkeit bei Nicht-Deutschen Staatsangehörigen, vor allem Türken, in Berlin sind eine Zeitbombe“. Oder „Das setzt den Mut voraus, sowohl den Hasspredigern wie auch den integrationsunwilligen Ausnutzern unserer Sozialsysteme in bisher nicht bekannter Deutlichkeit ihre Grenzen aufzuzeigen“. Bei so viel Mut scheinen jedoch die Lösungseinsätze der CDU aus der alten Mottenkiste gegriffen zu sein; So hat z.B. die „bedachte Vergabe von Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen“ bereits in den 80-ern Jahren nicht funktioniert.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

08 liberal central

OV Gendarmenmarkt

Liberaler Jubilar geehrt

von Udo v. Massenbach

Am 14. Juli fand sich eine große Zahl liberaler Freunde zum Sommerfest des OV Gendarmenmarkt ein. Es galt, Jubilare der liberalen Parteien Deutschlands zu ehren: Harald Berzl, 25 Jahre Mitglied der FDP, u.a. ehemaliger Vorsitzender des BV Mitte der FDP, Dr. Eberhard von Reuter, 25 Jahre Mitglied der FDP, der sich aus einer Tätigkeit als Akademischer Direktor des Juristischen Seminars an der Georg-August-Universität Göttingen in die Pflicht nehmen ließ, beim Aufbau demokratischer Strukturen in Sachsen-Anhalt mitzuwirken. Ludwig Venus, 65 Jahre Mitglied in der deutschen liberalen Bewegung, hat seinen Teil dazu beigetragen, dass die LDP bei den Landtagswahlen 1946 in Sachsen die zweitstärkste Partei nach der SED wurde. Ludwig Venus' immer überaus verantwortungsbewusste Arbeit ließ ihn in Sachsen als der Hochburg der Liberalen in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR im Parteibetrieb der LDP in Führungsfunktionen wiederfinden, wie dem „Sächsisches Tageblatt“ und „Der Morgen“.

OV Hackescher Markt

Von Hamburg lernen

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

Für die Wahlkampfstrategie-Veranstaltung vom 04.07. (zugleich OV-MV) hatte der Autor seinen langjährigen Bundesvorstandskollegen aus der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand, Matthias Still, als Referenten gewinnen können, der als Leiter Strategie und Marketing des Hamburger FDP-Bürgerschaft-Wahlkampfes von Februar 2011 dessen Erfolgsrezepte in exzellenter Multimedia-Präsentation darlegte. In HH war gelungen, nach 3%-Umfragen 6,6% zu erreichen. Einen solchen Erfolg auch in Berlin zu ermöglichen ist Aufgabe des Berliner FDP-Wahlkampfleiters, Dr. Roland Zielke, der als zweiter Referent bisherige Planungen darlegte. Da die endgültige Wahlkampfstrategie an jenem Tage noch nicht feststand, konnten die Botschaften aus HH noch einfließen. So sind insbesondere Stills Schlussfolgerungen interessant, z.B.: Professionalisierung (Angebot und Nachfrage im Mittelpunkt, Kandidaten-Aussenwirkung, Trennung WK-Leitung und Kandidaturen, Demoskopie-Orientierung), Unterscheidbarkeit (Kandidaten, Inhalte, Funktion), klare Strategie (Wählerreichbarkeit, konstante Botschaften), Gewinn-Wille (motiviertes Team, innerparteiliche Konflikte müssen ruhen).

OV Oranienburger Tor

OT macht sich schlau

von Ralf Breitgoff, Vorsitzender & Redakteur des OV

Nicht ohne Grund hat die Berliner FDP das Thema Bildung ihrem Wahlprogramm vorangestellt. Das erste Kapitel widmet sich der wertvollsten Ressource unseres Landes. Qualitativ hochwertige Bildung von Kindesbeinen an ist der Schlüssel für beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg genauso wie für gelungene Integration. Konkurrenzfähige Kitas, Schulen und Universitäten sind Voraussetzung für soziale Stabilität und gesellschaftliche Innovationskraft. Die FDP setzt auf eine vielfältige Bildungslandschaft, individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit und vor allem auf praktikable Lösungen. Statt auf Reformaktivismus setzt die FDP auf die Kompetenz der Mitarbeiter in den Kitas, auf engagierte Lehrer und Eltern sowie wissbegierige Schüler. Wie die FDP diese oft brach liegenden Potentiale heben will, darüber diskutiert der OV Oranienburger Tor mit Mieke Senftleben, einer der profiliertesten Bildungspolitikern der Stadt, am 22.08. um 19:30 Uhr im Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstr, 14.

OV Tiergarten

Nachwahl, Wahlkampf und sommerliches Feiern

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Wie schon in der letzten Ausgabe kurz berichtet. ist der Vorstand mit Patricia Steinmann als stellvertretender Vorsitzender und Julia Streit als Beisitzerin wieder komplett. Die Vorbereitungen zum Wahlkampf laufen daher in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk auf Hochtouren. Beim Brunch im Juni stellte Erich Schmid das Konzept der Landespartei vor, das von den Mitgliedern interessiert aufgenommen wurde. Es folgte eine angeregte Diskussion über die Ausgestaltung auf Ortsverbandsebene und weitere Möglichkeiten, die FDP im Stadtbild prägnanter zu machen. Am 2. Juli fand schließlich in feuchtfröhlicher Runde die jährliche Dampferfahrt über die Havelseen statt. Organisiert hatte das Schiff Schatzmeister Michael Herrmann. Ein gelbes Lampion am blauen Verdeck lieferte den richtigen Farbcode. Die idyllische Landschaft bot eine beschauliche Kulisse. Abgerundet wurde das sommerliche Feiern mit dem Sommerfest, das der Vorsitzende Kurt Lehner zusammen mit dem LFA Kultur in der Humboldt-Box am Schlossplatz als Höhepunkt der Saison organisiert hat.

OV Wedding

Wahlkampfplanung

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Am 04.07. fand im Restaurant Postkutsche in der Gerichtstr. 34 die offene Vorstandssitzung des OV-Wedding statt. Hauptthema an diesem Abend war die Planung des bevorstehenden Wahlkampfes, u.a die Festlegung der Termine an welchem der Ortsverband Wedding Wahlkampfstände aufbauen wird, und welche Parteifreunde dann entsprechend zur Verfügung stehen werden. Die Mitglieder, die nicht an unserer Sitzung teilnehmen konnten, werden gebeten eine E-Mail an den Vorsitzenden Herrn Volker Imhoff zu senden, wann sie Möglichkeiten haben, uns in dieser Hinsicht zu unterstützen. Die E-Mail von unserem Vorsitzenden lautet volker.imhoff@fdp-wedding.de. Desweiteren freut sich der OV-Wedding um zusätzliche Spenden für unseren Wahlkampf, damit wir die Möglichkeit haben, uns so gut wie möglich im Wedding präsentieren zu können. Allen Unterstützern schon jetzt ein Dank im voraus und eine schöne Sommerzeit.

JuLis Mitte

Heiße Politikwochen

von Armin Grabs, Vorsitzender

Die Jungen Liberalen Berlin Mitte nutzten die ersten heißen Julitage für eine gemütliche Mitgliederversammlung direkt an der Spree und das gemeinsame Sommerfest mit den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln auf dem Tempelhofer Feld. Diskutiert wurden unter anderem die vergangenen, heißen Politikwochen vor der Sommerpause und die Bilanz der Bundesregierung zur Halbzeit. In vielen Teilen werden die Ergebnisse kritisch betrachtet - im Gegensatz zu den Medien sehen wir allerdings auch die positiven Aspekte von fast zwei Jahren schwarz-gelb. Für den anstehenden Wahlkampf ist selbstverständlich ein geschlossenes Auftreten nötig. Die entsprechenden Planungen von Wahlkampfprojekten und Aktionen, bei denen die JuLis auch wieder ihre soziale Seite zeigen werden, wurden vorangetrieben. Der gesellige Teil des Sommerfestes kam beim Grillen und dem ein oder anderen „geistigen Getränk“ ebenso nicht zu kurz. Auf in eine sicherlich spannende Sommer-„Pause“!

Personalien

(au) Das Sommerfest des OV Gendarmenmarkt konnte sich auch wegen der Ehrung von Jubilaren reichen Besuches erfreuen. Jeweils nicht weniger als 25 Jahre



sind es, welche unser ehemaliger Bezirksvorsitzender in Mitte, **Harald Berzl** (Foto) und Parteifreund **Eberhard von Reuter** der FDP angehören, beeindruckende 65 Jahre Mitgliedschaft im organisierten Liberalismus vereint



Ludwig Venus (Foto) in sich, der zum 16. Geburtstag im Jahre 1946 in Leipzig in die LDP (Liberaler Demokratische Partei) eingetreten war. Die Vorsitzende **Bärbel Freudenberg-Pilster** konnte zu den diversen Festen,

Buffett und den angeregten Gesprächen neben der heimischen Prominenz mit AGH-Spitzenkandidat Mitte **Henner Schmidt** MdA und Bezirksvorstandsmitglied **Jörg Kleis** oder dem JuLi-Bezirksvorsitzenden **Armin Grabs** u.a. unseren Vorsitzenden von Landesverband und AGH-Fraktion **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf), die Bezirksverbandsvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT) und Bezirksverbandsschatzmeister **Erich Schmid** (Tiergarten), den Vorsitzenden des OV Hackescher Markt **Nils Augustin** (Hackescher Markt) oder den Vorsitzenden des OV Wedding und Wahlkampfleiter des BV Mitte, **Volker Imhoff**, begrüßen.

(nh) Zum traditionellen Kultursommerabend des OV Tiergarten und des LFA Kultur konnten deren Vorsitzender **Kurt Lehner** und **Günther Schauerte**, stellv. Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin, 50 Gäste in der Humboldt-Box begrüßen, darunter die Staatsministerin im AA **Cornelia Pieper**, den Vorsitzenden des BFA Kultur **Rupert Graf Strachwitz** (Hackescher Markt), die Leiterin der jüdischen Oberschule in Berlin **Barbara Witting** nebst Gatten, aus dem OV Tiergarten dessen stellv. Vorsitzende **Patricia Steinmann**, OV-Schatzmeister **Michael Hermann**, die um die Organisatorin verdiente **Anne Schäfer-Junker**, die stellv. LFA-Vorsitzenden **Antje Pieper** und **Nikoline Hansen**, aus anderen Verbänden ferner u.a. die stellv. LFA-Vorsitzende **Bettina v. Seyfried** (Wedding), vom OV Hackescher Markt den Vorsitzenden **Nils Augustin** und **Anno Blissenbach**, JuLi-Bezirkschef **Armin Grabs** (Gendarmenmarkt), oder die Vorsitzende der Liberalen Frauen Berlin, **Frauke Jung-Lindemann** (Charlottenburg-Wilmersdorf).

(au) Die Liberalen Frauen Berlin haben auf ihrer Mitgliederversammlung am 13. Juli turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt: Landesverbandsvorsitzende ist weiter **Frauke Jung-Lindemann** (Charlottenburg-Wilmersdorf), ihre Stellvertreterinnen sind wie bisher **Hanaa El-Hussein** (Lichtenberg) sowie neu gewählt **Mathia Specht-Habbel** (Steglitz-Zehlendorf) nebst **Katrin von Gfug** (Reinickendorf), Schatzmeisterin ist neu **Andrea Spangenberg** (Steglitz-Zehlendorf), die neue Schriftführerin kommt mit **Teresa Erlinger-Ruttloff** (Gendarmenmarkt) aus dem BV Mitte.

(au) Sehr erfreut war FDP-Landesgeschäftsführerin **Sibylle Meister** (Reinickendorf) über großen Pressandrang zur Präsentation der FDP-Kampagne für die Berlinwahl in der Geschäftsstelle. Insgesamt über zwei Stunden lang präsentierten Wahlkampfleiter **Roland Zielke** (Tempelhof-Schöneberg) und der Vorsitzende des Landesverbandes und der AGH-Fraktion, **Christoph Meyer** aus Charlottenburg-Wilmersdorf, wie wir den Berlinern die richtige Wahl schmackhaft machen wollen. Hinter vorgehaltener Hand wurde allerdings getuschelt, dass der Erfolg nicht alleine liberaler Politik zuzuschreiben war: Das Blech mit dem Mandel-Butterkuchen, welches **Heidi Nossack** vorausschauend mitgebracht hatte, sei das beste Süßgebäck ihres Lebens, versicherten unter Bedingung der Anonymität mehrere prominente Medienvertreter.

(au) Dass die Berlinerinnen und Berliner Engagement für gute Ordnung von der FDP und nur von der FDP erwarten dürfen, das konnten sie der aktuellen Berichterstattung des *Tagesspiegel* zu Europa-Bezügen der berüchtigten "Privatisierung" der Berliner Wasserbetriebe von 1999 entnehmen. Als auf der Veranstaltung des BV Mitte „Mehr Wettbewerb beim Wasser“ im Dezember 2010 Podiumsteilnehmer Professor **Hans-Peter Schwintowski** leidenschaftlich ausführte, dass jener Raub an den Wasserverbrauchern seines Erachtens auch gegen europäisches Recht verstieß, da wurde auf Anregung unseres seit langem im Thema aktiven AGH-Abgeordneten **Henner Schmidt** (Gendarmenmarkt) unsere Berliner Europaabgeordnete **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf) tätig und richtete schließlich im Februar an die Europäische Kommission zwei fundierte (und in der Sache bis heute unbeantwortete) förmliche Anfragen. Als sodann jüngst die Anti-Korruptions-Koalition *Transparency International* und die *Verbraucherzentrale Berlin* mit eigenen Beschwerden nachlegten, da konnte sich nicht nur die FDP über erfreuliche Presse freuen – sondern mittlerweile auch alle Bürger Berlins über die Nachricht, dass die Kommission den Vorgang zumindest unter dem Gesichtspunkt eines Verstoßes gegen das europäische Vergaberecht vertieft prüft.

Leserbriefe

Sven Hilgers (OV Wedding, LHG)

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) begrüßt die Entscheidung der politischen Begabtenförderungswerke, strenger gegen plagiierte Stipendiaten vorzugehen. Zugleich fordert der LHG aber von der Politik weitergehende Lösungen. Der liberale Studierendenverband hat bereits bei seiner Bundesmitgliederversammlung Anfang Juli einen Beschluss zum Thema „Promotion“ verabschiedet, in dem unter anderem die externe Begutachtung von Dissertationen, Zielvereinbarungen zwischen Betreuer und Promovend sowie bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Promotionsvorhaben gefordert werden. Die in fast allen Ländern außer Deutschland übliche Trennung von Betreuung und Begutachtung kann helfen, das Vertrauen in die Wissenschaft zurückzugewinnen. Qualitätssicherung muss nachhaltig betrieben werden, allein schon im Interesse der jährlich über tausend ehrlich Promovierten, die sich täglich fragen lassen müssen, ob sie betrogen haben.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Wenn er damit fertig ist, hat er gar keine Haare mehr:

Christoph Meyer
gegen 63 Milliarden
Haushaltsschulden.

DIE NEUE FDP
Wahlfreiheit **BERLIN**

fdp-berlin.de

© 2011 FDP Berlin. Unverändertes Kopieren.

Schlusswort

Das Leben ist komplex und widersprüchlich

von Nikoline Hansen



Die FDP hat sich neu aufgestellt. Die Welt draußen wendet sich trotzdem nicht zum Guten – eine Schreckensmeldung jagt die nächste: Eurokrise, Insolvenz der USA, Serben schießen auf Nato-Friedenstruppen und das Massaker eines Irren in Norwegen, das uns die Verwundbarkeit einer offenen Gesellschaft einmal mehr vor Augen führt. Die paranoiden Reaktionen der deutschen Medienwelt, die die Meinungsfreiheit zum Wurzel allen Übels stilisiert, und das besonnene Vorgehen der Norweger, die weiter für eine offene demokratische Gesellschaft plädieren, sprechen Bände. Wovor haben wir Angst? Geht es uns vielleicht zu gut?

In Deutschland floriert die Wirtschaft, wir werden von Millionen Menschen beneidet, denen es an den existentiellen Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben fehlt. Nicht umsonst war unsere Bundeskanzlerin auf Reisen und kurbelt die deutsche Wirtschaft an. Panzer nach Saudi-Arabien, Patrouillenboote nach Angola – stabile Verhältnisse sind in unserem Interesse. Auf die Amerikaner werden wir uns nicht mehr lange verlassen können – sie sind, siehe oben, pleite. Menschenrechte? Ein vielversprechender Start der deutschen Außenpolitik: Die Zusammenlegung von DED, GTZ und Inwent zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) im Januar 2011 und die Kopplung der Entwicklungshilfe an menschenrechtliche Kriterien sollten Erfolgsgeschichte schreiben. Gute Nachrichten und seriöse Arbeit verkaufen sich aber nicht und werden deshalb in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

In Berlin rückt der Wahlkampf näher. Es ist an der Zeit, unsere Erfolge zu präsentieren. Und die gibt es. Zum Beispiel: Löschen statt Sperren – diese liberale Forderung zur Stärkung der Bürgerrechte im Internet ist als EU-Richtlinie im Europaparlament angekommen. Eines muss uns klar sein: Politik ist dicke Bretter bohren. Bohren wir weiter. Wir haben Erfolg. Es ist an uns, dies auch zu kommunizieren: Für unsere Zukunft in Freiheit!

Nikoline Hansen ist Redakteurin des OV Tiergarten bei LC

Nikoline Hansen ist Redakteurin des OV Tiergarten bei LC

Termine

August 2011

- 01.08. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Sommerliche Mitgliederversammlung** – Thema „Das Bild der FDP in den Medien“ – mit Antje Sirleschtov – im Gewölbe des „Simon“ (Auguststr. 53)
- 02.08. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** – im Café Re (Märkisches Ufer)
- 03.08. 18.00 h Liberale Frauen Berlin: **Beachvolleyball-Turnier mit Vorstellung der Kandidatinnen** für das Abgeordnetenhaus Berlin – PresseStrand am Hauptbahnhof (Kapelle-Ufer 1)
- 03.08. 19.00 h DGLI Berlin: **Diskussionsveranstaltung** „Prospects for Iran in the Wake of the Arab Spring“ – mit Jonathan Paris – im AGH, Raum 304 (Niederkirchner Str. 5)
- 03.08. 19.30 h OV Tiergarten: **Offene Vorstandssitzung** – im Dicken Engel (Birkenstr. 44)
- 09.08. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 10.08. 19.00 h JuLis Berlin: **JuLi-Treff** – im Café Via Nova (Universtiätsstr. 2)
- 13.08. 10.00 h JuLis Berlin: **Landeskongress** – im Rathaus Kreuzberg (Yorckstr. 4-11)
- 16.08. 19.00 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Frühkindliche Bildung - Der Garant für einen guten Schulabschluss?“ – Mieke Senftleben MdA u.a. – im Diakonischen Werk Stadtmitte (Wilhelmstr. 115)
- 18.08. 19.00 h LV Berlin: **Wahlkampfauftaktveranstaltung** – mit Christian Lindner MdB und Christoph Meyer MdA – im Theodor Tucher am Brandenburger Tor (Pariser Platz 6a)
- 20.08. 13.00 h OV Hackescher Markt: **Sommerliche Galerien-Tour** – Treffpunkt: Sprüth Magers, Oranienburger Str. 18 – Anmeldung erbeten bei Burkhard Grell unter grell@fdp-hm.de
- 22.08. 19.30 h OV OT: **Diskussionsveranstaltung** zur Bildungspolitik – mit Mieke Senftleben MdA – im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14)
- 25.08. 18.30 h BV Mitte: **After-Work-Party** – mit Christian Lindner MdB – Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 28.08. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 31.08. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de

September 2011

- 03.09. 10.30 h BV Mitte: **Fahrradwahlkampf** – Treffpunkt bei Maren Jasper-Winter (Schlegelstr. 24)
- 05.09. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – Thema „Liberale Steuerpolitik“ – mit Dr. Volker Wissing MdB – im Gewölbe des „Simon“ (Auguststr. 53)
- 06.09. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** – im Café Re (Märkisches Ufer)
- 08.09. 18.30 h BV Mitte & BV Pankow: **Veranstaltung** mit Rainer Brüderle MdB – Info www.fdp-mitte.de
- 13.09. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 14.09. 19.00 h JuLis Berlin: **JuLi-Treff** – im Café Via Nova (Universtiätsstr. 2)
- 18.09. **Wahl** zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Mitte
- 20.09. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** – im Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal
- 25.09. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.09. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.